

Die Mär von der roten Union

Von euroskeptischer Seite wird in der Schweiz oft moniert, die Europäische Union sei ein sozialistisches oder zumindest linkes Projekt. Gerne wird hierzu die im Vergleich zur Schweiz in der Tat sehr strikte Bankenregulierung der EU herangezogen, oder das Steuerregime durchgerechnet, das in der Schweiz - insbesondere nach der Unternehmenssteuerreform III - in einem solchen Masse liberaler sein wird als im Rest Europas, dass die Union sich anscheinend gezwungen sieht, Druck auf die Schweiz auszuüben (eine gemeinsame EU-Fiskalpolitik existiert bisher aber natürlich nicht.). Erst vor kurzem hat zudem Christoph Blocher verlauten lassen, Bundesrat Didier Burkhalter bewege sich in der Europapolitik mit seinem Versuch die Masseneinwanderungsinitiative nicht auf Gedeih und Verderb „durchzustieren“ sondern im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz ein produktives Verhältnis zur EU zu bewahren auf SP-Parteilinie. Auch ich mache oft die Erfahrung, dass ich ungeachtet meiner politischen Einstellungen als „Linker“ gebrandmarkt werde, nur weil ich mich für die Europäische Integration einsetze. Dass viele überzeugte Linke die EU ablehnen und, dass die Begeisterung für das „neoliberale“ Projekt EU eher ab- als zunimmt, je weiter man sich auf dem politischen Spektrum nach links bewegt, wird oft ausser Acht gelassen.

In diesem Text will ich darlegen, warum ich glaube, dass die EU kein linkes Projekt ist und warum meiner Ansicht nach das links-rechts-Schema nicht ausreichen kann um die Europäische Union als politisches Projekt einzuordnen.

Vor einigen Wochen schrieb Eric Gujer, der Chefredakteur der NZZ auf der ersten Seite seines Blattes, zurzeit werde der politische links-rechts Gegensatz von einem immer wichtiger werdenden anderen politischen Begriffspaar fast in den Schatten gestellt. Freihandelsabkommen, wie TTIP beispielsweise, polarisieren nicht etwa auf einem Links-Rechts-Spektrum, sondern werden vielmehr von einer Allianz linker wie rechter Globalisierungsgegner bekämpft, während liberale, kosmopolitische Kräfte beidseits der Mitte das Abkommen unterstützen. Auch der Economist spricht in Bezug auf Europäische und Amerikanische Wirtschaftspolitik seit einigen Monaten immer öfter von einem Gegensatzpaar von *drawbridge-up* und *drawbridge-down*, das sich immer mehr als Alternative zum alten Links-rechts-Schema aufdränge. Obwohl es abgesehen von Freihandel und einigen anderen Fragen zwar wohl noch immer wichtiger ist, ob man der SP oder der SVP angehört, anstatt ob man Kosmopolit oder Globalisierungskritiker ist, deckt sich im Bereich der Europapolitik die Beobachtung die der Economist und Herr Gujer in Bezug auf TTIP gemacht haben mit meinen eigenen Erfahrungen mit Jungpolitikern verschiedener Länder.

Im vergangenen April begab ich mich zusammen mit anderen Mitgliedern des Vorstandes der yes (oder *JEF Switzerland*, wie wir im Ausland genannt werden) nach Krakau, um den stimmberechtigten *International Officer* am sogenannten *Federal Committee* der *Jeunes*

Européens Fédéralistes (JEF) zu unterstützen. In einem Konferenzhotel am Stadtrand kamen in den kühlen polnischen Apriltagen Vorstandsmitglieder der meisten Sektionen der *JEF* zusammen um einige politische Geschäfte zu erledigen, wie die Wahl eines neuen Generalsekretärs oder die Bestimmung der Positionen zu wichtigen Fragen wie dem Niederländischen Ukraine-Referendum.

Aufgrund unserer ähnlichen Lage in der europäischen Politik verbrachten wir Schweizer oft Zeit mit den Kollegen aus Norwegen. Was hätten wir Aussenseiter beispielsweise zu einer Diskussion über Sinn und Unsinn gemeinsamer europäischer Fiskalpolitik beitragen können, wenn wir uns doch mit ganz anderen Problemen beschäftigen? Volkswirte gab es schliesslich auch in anderen Delegationen.

Durch unsere Gespräche erhielten wir einen gewissen Einblick in die Parteienlandschaft des Skandinavischen Landes. Die Norwegische Delegation rekrutierte sich nicht aus Sozialisten, sondern ausschliesslich aus Liberalen der Partei *Unge Venstre*, die sich, gemeinsam mit der Mutterpartei, der *Venstre* für einen EU-Beitritt Norwegens einsetzt. Wer sich etwas mit der nordischen Sprachfamilie auskennt, wird wohl bemerkt haben, dass *Venstre* natürlich mit links zu übersetzen ist, hier ist mit links jedoch nicht sozialistisch gemeint sondern ein Liberalismus, der sich nicht nur auf wirtschaftliche, als auch auf gesellschaftliche Themen bezieht, klassisches *drawbridge-up*-Denken also. Die *Venstre* ist aber, da Teil der ALDE über jeden Sozialismusverdacht erhaben. Des weiteren können Namen in diesem Zusammenhang auch mehr oder weniger Schall und Rauch sein, die dänischen Liberalen nennen sich beispielsweise ebenfalls *Venstre* und sind im Gegensatz zu den norwegischen Namensvettern, wie die FDP eher als Mitte-rechtspartei einzuordnen. Die Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Partei Norwegens nennen sich hingegen *Sosialistisk Venstreparti* bzw. *Arbeiderpartiet*. Erstere lehnt die undemokratische und neoliberale EU entschieden ab.

Auch sonst waren überzeugte Linke an der Versammlung in Polen eher Mangelware und ich lernte Junge Menschen aus allen Regionen des politischen Spektrums kennen. Eines Abends, fand ich mich beispielsweise in einem Restaurant in einem Kellergewölbe der Krakauer Altstadt als einziger Nichtskandinavier an einem Tisch wieder, zusammen mit Kollegen aus Dänemark, Schweden und Norwegen. Zu meiner Überraschung war der bärtige Schwede zu meiner rechten nicht bloss, wie der Norweger, „konventioneller“ wirtschaftsliberaler, sondern sogar ein waschechter Libertärer *Nozickianischer* Prägung, für den Steuern nichts als Diebstahl darstellten. Wäre die EU also wirklich eine blosse sozialistische Bürokratie, warum sollte dann der Mann aus Göteborg trotzdem einen signifikanten Teil seiner Freizeit dafür opfern, eine Organisation zu leiten, deren erklärtes Ziel die Förderung der europäischen Integration darstellt? Der Mann ist auch keineswegs eine Anomalie unter den schwedischen Liberalen, seine Partei, die *Liberalerna* geben sich mit Nachdruck proeuropäisch.

Natürlich habe ich in Polen auch Sozialisten getroffen, denen die EU am Herzen liegt. Der Kollege aus Dänemark beispielsweise, ein überzeugter Linker, dem aber die europäischen Regulierungsmassnahmen noch immer zu lax sind und die „gefährlichen Banken“ kaum in Schach zu halten vermögen, dass die EU aber auch von ihm befürwortet wird, stützt aber eher meine These, dass die Positionierung als Linker oder Rechter in der EU-Frage eine geringere Rolle spielt, als vielmehr die Haltung, die man zur Globalisierung einnimmt.

Natürlich, sagt die Zusammensetzung einer Gruppe von einigen wenigen Studenten in Krakau nicht viel über das Schalten und Walten und politische Gedankengut in Brüssel und Strassburg aus aber um den Vorwurf eine linke Kopfgeburt zu sein zu entkräften hilft auch ein Blick in die Geschichte.

Die Vordenker und Gründerväter der Europäischen Union waren ebenfalls grösstenteils keine Linke. Viel eher waren es Christdemokraten und Konservative, wie Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Joseph Bech, Konrad Adenauer oder Winston Churchill, die die Notwendigkeit eines gemeinsamen Weges des alten Kontinents und das gemeinsame kulturelle Erbe erkannt zu haben glaubten. Natürlich gab es auch die Eurokommunisten wie der Föderalist Altiero Spinelli oder Sozialisten wie Léon Blum, die die europäische Integration vordachten und vorantrieben, doch vielmehr, als dass dies ein Indiz dafür ist, dass die Europäische Integration eine linke Idee sei, ist es wiederum ein Beweis, dass Europa ein Projekt ist, dass von einer breiten politischen Koalition aus der Taufe gehoben wurde. Die konkrete heutige Europäische Union entspricht auch vielmehr dem, was einst Schuman und Monnet vorschwebte, als den Ideen Spinellis, der sich eine sozialistische Föderation ausgemalt hatte. Auch war es nicht so, dass die Vordenker vor allem aus Frankreich, Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten kamen, aus der Schweiz war mit Denis de Rougemont, auch er nicht unter Sozialismusverdacht, eine der philosophisch und historisch fundiertesten Forderungen eines gemeinsamen Europas zu hören.

Aber in den Jahrzehnten seit den ersten Schritten zu einem gemeinsamen Europa ist viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen und niemand kann mit abschliessender Sicherheit sagen ob die heutige EU einem Churchill oder Schuman gefallen würde. Für die EU-Diskussion in der Schweiz spielt es keine grosse Rolle, was wohl französische Minister und deutsche Kanzler vor über einem halben Jahrhundert im Schilde führten, sondern welche Politik die EU hier und heute vertritt. Es lässt sich nicht leugnen, dass die von Euroskeptischer Seite gerne als Beispiel herangezogenen Regulierungen und Bürokratischen Hürden wohl eher links der Mitte gefallen finden, aber lässt sich deswegen sagen, die EU wäre nichts als ein linker Traum? Machen wir hierzu ein kleines Gedankenexperiment.

Nehmen wir an in einem hypothetischen potentiellen 27. Kanton, der bis anhin als vollkommen unabhängiges politisches Gebilde existiert hätte, würde über den Beitritt zur Schweizerischen Eidgenossenschaft verhandelt werden. Es würden wohl ähnliche Sorgen und Ressentiments seitens der lokalen Parteiexponenten zu Tage treten, wie dies in der derzeitigen Schweiz unter EU-Skeptikern von SVP bis SP der Fall ist.

Viele Linke würden wohl kaum einem Staat beitreten wollen, der den Bau von Minaretten verfassungsmässig verbietet und im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform Unternehmen „auf Kosten der Allgemeinheit“ Steuergeschenke mache. Wirtschaftsliberale hingegen hätten Vorbehalte gegen einen Staat, der mit Einwanderungskontingenten und „VegüV“ in die freie Marktwirtschaft eingreifen will. Auch die kulturelle Gleichmacherei sozialistischer Art würde wohl von rechts heraufbeschworen werden, denn schaut man sich nur die Kultur, die

Traditionen, Sprache, traditionelle Lebensart und Bräuche der Schweizer Regionen an, so muss man sagen, dass die Appenzeller mit den Jurassiern wohl viel weniger verbindet als beispielsweise mit den Voralbergern.

Trotz alledem ist die Schweiz weder libertär, noch reaktionär, noch kultureller Einheitsbrei oder sozialistisch. Sie ist demokratisch und Demokratien haben es an sich, keine ideologisch konsistenten Gesetzeskorpora hervorzubringen, sondern im Gegenteil Zugeständnisse an die verschiedensten politischen Richtungen zu machen, da manchmal die eine, manchmal die andere Interessengruppe eine Abstimmung gewinnt. *Cross-cutting cleavages* sind für eine Demokratie überlebenswichtig, da sie dafür sorgen, dass keine Bevölkerungsgruppe das Gefühl hat von der Mehrheit diskriminiert zu werden, und diese auf separatistische Gedanken kommen könnte. Manchmal werden Abstimmungen gewonnen, manchmal verloren, das gilt für links wie rechts, für paternalistisch wie libertär, im Parlament oder bei Volksinitiativen. Wichtig ist, dass es wohl keinen einzigen Schweizer gibt der obwohl er sich die Mühe gemacht hat mehr als drei Stimmzettel ausgefüllt zu haben trotzdem bisher bei allen bisherigen nationalen Abstimmungen zu den Verlierern beziehungsweise zu den Gewinnern gehört hätte.

Obwohl mir wohl die Leser-, Autoren- und Herausgeberschaft von Schweizerzeit und Weltwoche hierin widersprechen werden, ist auch die Politik der EU kein Produkt linker Ideale, sondern ebenfalls die Folge von *cross-cutting cleavages* und momentan sitzen in Brüssel und Strassburg eher konservative Kräfte an den Schalthebeln.

In der Tat gibt es Aspekte, in denen die EU paternalistischer organisiert ist als die Schweiz, die eingangs erwähnte Bankenregulierung ist ein Beispiel dafür. Dies ist aber in keinster Weise die Regel, dass beispielsweise die EU den Schutz von Firmengeheimnissen höher gewichtet als den von Whistleblowern ist vielen Linken ein Dorn im Auge um nur ein Beispiel zu nennen, von dem von konservativen EU-Skeptikern natürlich nicht zu hören ist.

Aber was hat dies mit dem eingangs erwähnten Gegensatz zwischen liberal und globalisierungskritisch zu tun? Ich bin überzeugt, dass die EU ein Projekt ist, dass so diverse Anliegen vertritt und Parteien von Progressiv bis Konservativ ein gemeinsames Dach bietet, dass jeder, wie ich im vorhergehenden Gedankenexperiment darzulegen versucht habe, an einem gewissen Aspekt Anstoss nehmen kann, kaum jemand aber aufgrund politischer Überzeugungen das Projekt als ganzes abzulehnen gezwungen ist. Ob man die EU als Idee ablehnt oder nicht hat meiner Meinung wohl mehr damit zu tun, ob man sich bei dem Gedanken wohlfühlt, dass die Weltwirtschaft immer stärker auf globalem Niveau funktioniert oder ob man eher in regionalen Kategorien denkt, wer die EU aus Angst vor der Globalisierung ablehnt, kann dies ja immer noch der wahlweise „sozialistischen“ oder „neoliberalen“ Ausrichtung der Union in die Schuhe schieben. Folgerichtig waren sich in der Brexit-Frage der Erznationalistische Nigel Farage und der Sozialist George Galloway zum wohl fast ersten Mal in ihrem politischen Leben einig.

Meiner Meinung nach sind die zu Beginn erwähnten Vorwürfe seitens Christoph Blocher also nichts als absurd. Burkhalter handelt im Gegenteil wie man es von einem Liberalen in der jetzigen Situation erwarten muss. Dass mit TTIP der wirtschaftsliberale Traum einer Freihandelszone von San Francisco bis nach Bukarest bald Realität werden könnte, die Schweiz aber kaum davon profitieren wird, sondern gegenüber anderen Ländern Europas ins Hintertreffen geraten könnte, müsste die FDP als wirtschaftsliberale Partei par excellence ja längst auf den Plan gerufen haben. Wenn Burkhalter auch den nächsten Generationen Wohlstand durch den Zugang zur Weltwirtschaft sichern will, passt dies für mich ausgezeichnet zur FDP, die Globalisierung noch nie als Gefahr aufgefasst hat, vor der es die Bürger zu schützen gilt, sondern eher als Chance für findige Unternehmer.

Warum die SVP der EU gegenüber feindlich gesinnt ist, ist ja wohl klar und eine logische Folge aus ihrem restlichen Parteiprogramm. Was die Partei unter nationaler Souveränität versteht, verträgt sich schlecht mit internationaler Kollaboration zudem erhebt die Partei auch gar nicht Anspruch darauf, dass ihre Lösungsansätze nördlich des Bodensees und südlich des Genfersees überhaupt anwendbar sind. Entsprechend klein ist auch trotz Avancen beispielsweise der AfD das Interesse seitens der SVP, sich zusammen mit anderen ähnlichen Parteien in Europa zu engagieren. Bei den restlichen Schweizer Parteien hingegen besteht kein zwingender Grund, warum die EU mit der Parteilinie nicht kompatibel sein könnte, am allerwenigsten Stand hält der Vorwurf eines linken Projekts, im Gegenteil hätte die SP am ehesten noch Grund einen EU-Beitritt aus politischem Kalkül zu fürchten, da das Strassburger Parlament, wie das nationale eine bürgerliche Mehrheit, zählt man die wirtschaftsliberale ALDE auch zum bürgerlichen Lager, sind die Mehrheitsverhältnisse noch erdrückender. Natürlich sind FDP, CVP und co. nicht vehemente EU-Gegner und so manche FDP und CVP Mitglieder sind auch Mitglieder der NEBS, aus rein „ideologischen“ Gründen, müssten aber sowohl CVP, als auch FDP einem EU-Beitritt zumindest nicht feindlich gegenüber stehen, verorte ich zumindest die FDP nämlich ganz klar auf der Seite der *drwabridge-down liberals*.

Abschliessend lässt sich wohl sagen, dass der Vorwurf, die EU sei als solches links der Mitte zu verorten, wohl eher ihrer Funktion als Projektionsfläche für Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung geschuldet als Tatsachen. Auch „neoliberal“, wie es von Linker Seite zuweilen tönt, ist die EU nicht, sondern genuin pluralistisch. Genau dieser Pluralismus macht es aber möglich, dass die EU von allen Seiten kritisiert werden kann und das wohl jeder in der Lage ist, ein isoliertes Stück EU-Recht zu finden, das seine These untermauert. Des weiteren ist klar, dass auch der Gegensatz zwischen Liberalen und Globalisierungskritikern wohl zu kurz greift und eine zu grobe Vereinfachung darstellt, um die Phänomene der heutigen Politik zu beschreiben, trotzdem kann es hilfreich sein, sich beispielsweise in Bezug auf die Europapolitik selbst zu fragen, wo man sich auf diesem Spektrum verorten würde, anstatt die EU einfach aufgrund von holzschnittartigem links-rechts-Denken, das zudem die pluralistische Union nicht zu charakterisieren vermag, abzulehnen.

Von Noah Sutter

Vorstandsmitglied der young european swiss